

Text:

Klaus-Peter Hammer
Sylvia Sund
Eva Ockenfuß-Boese
Stefan Jakobs
Christiane Herz
Andreas Gerdon
Andreas Mertens
Lutz Zahnhausen

Gewerkschaft

**Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz**

Martinsstraße 17
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0

Fax: 06131 28988-80

E-Mail: gew@gew-rlp.dewww.gew-rlp.dewww.facebook.com/GEW.RLPtwitter.com/gew_rlp

Inklusion an Integrierten Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz



Reaktion auf einen Artikel des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz vom 17.09.2019

Der aktuelle „Gelbe Brief“ des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz richtet sich unter anderem gegen die Inklusion an Integrierten Gesamtschulen.

Den Befürwortern wird unterstellt, sie seien weltfremd und urteilten aus ideologischen Überlegungen.

Unerwähnt bleibt hier, oder es wird bewusst verschwiegen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit der Staatengemeinschaft verpflichtet hat, die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention zu ratifizieren. In Artikel 24 heißt es:

(2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass

a) Menschen mit Behinderung nicht aufgrund von Behinderungen vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderung nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;

b) Menschen mit Behinderung gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft in der sie leben, Zugang zu einem integrativen (inkluisiven), hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben;

Von daher ist das Bemühen, diese Ziele anzustreben, keinesfalls weltfremd oder ideologisch, sondern ausdrücklicher gesellschaftlicher und bildungspolitischer Auftrag. Den Vergleich mit dem Elfenbeinturm müssen wir deshalb vehement zurückweisen und uns stattdessen fragen, ob in diesem jene sitzen, welche glauben, die Forderungen aus der Behindertenrechtskonvention könne man ignorieren.

Unbestritten ist doch, dass Gemeinschaft von behinderten und nicht behinderten Menschen niemals in getrennten Systemen erfahrbar sein kann. Ein gleichberechtigtes Miteinander und Teilhabe können nur in inklusiven Systemen erlebt und ermöglicht werden.

Klar auf der Hand liegt allerdings, und da sind sich wohl alle einig, dass das Gelingen von Inklusion entscheidend auch von den Rahmenbedingungen abhängt und nicht kostenneutral zu realisieren ist. Daher fordert die GEW unermüdlich die angemessene personelle und finanzielle Ausstattung der Schwerpunktschulen sowie weitere, notwendige Maßnahmen. Leider sind die Verantwortlichen in der Politik nicht bereit, die notwendigen, zusätzlich erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit dem Ist-Zustand an unseren Schwerpunktschulen können wir nicht zufrieden sein!

Grundsätzlich muss klar betont werden, dass im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention und die dadurch geschaffene gesetzliche Lage der Weg nach vorne gerichtet sein muss und keine rückwärtsgewandten Forderungen gestellt werden können. Dies ist gegen den gesetzlichen Auftrag von Schule gerichtet und bringt alle Beteiligten keinen Schritt weiter!

Die Verfasser des PhV unterstellen, dass sich Qualität und Schwerpunktschulen (und Integrierten Gesamtschulen) gegenseitig ausschließen, weil dort vor allem Quantität, nicht jedoch Qualität gefördert werde. Das ist zynisch, weil sich die Situation an den Integrierten Gesamtschulen als Schwerpunktschulen auch deshalb so zugespitzt hat, weil sich Gymnasien standhaft weigern, den Auftrag der Inklusion gleichermaßen umzusetzen.

Beim Lesen des oben genannten Artikels wird klar, dass die Argumentationen des Verbandes ideologisch sind. Die zentralen Forderungen richten sich nicht nur gegen Inklusion, sondern gegen Integrierte Gesamtschulen insgesamt.

So wird u. a. gefordert: Abschaffung der Einheitsschule, Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem, Abschaffung binnendifferenzierter Unterrichtsmodelle. Zusätzlich soll integrierter Fachunterricht abgeschafft werden bzw. lediglich auf der Basis von zielgleichem Lernen angeboten werden. Sollten alle diese Forderungen umgesetzt werden, bliebe letztlich von Integrierten Gesamtschulen nichts mehr übrig. Somit offenbart sich hier ganz deutlich die eigentliche Absicht dieses Artikels, der sich so vehement gegen die Integrierten Gesamtschulen und deren pädagogische Profile richtet: Die Abschaffung der Integrierten Gesamtschulen in ihrer derzeitigen Form in Rheinland-Pfalz.

Im Gegensatz dazu steht die GEW als kritischer und konstruktiver Ansprechpartner für deren Rechte und Stärkung eintretend an der Seite der Integrierten Gesamtschulen und aller dort unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz.

Christiane Herz, Andreas Gerdon, Andreas Mertens
Leitungsteam der Landesfachgruppe Integrierte Gesamtschulen der GEW Rheinland-Pfalz

Lutz Zahnhausen
Mitglied im Landesfachgruppenausschuss der Fachgruppe Integrierte Gesamtschulen

Stefan Jakobs, Eva Ockenfuß-Boese
Leitungsteam des Vorstandsbereichs Schulen der GEW Rheinland-Pfalz

Klaus-Peter Hammer, Sylvia Sund
Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz
Martinsstraße 17
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0
Fax: 06131 28988-80
E-Mail: gew@gew-rlp.de

www.gew-rlp.de
www.facebook.com/GEW.RLP
twitter.com/gew_rlp